

## MITTEILUNG AN DIE PRESSE

8. Mai 2009

# Finanzbehörde behindert politisches Handeln vor Ort

## Jugendclub Boltwiesen darf nicht scheitern

Auf Initiative der SPD-Bezirksfraktion in Wandsbek hat sich die Sitzung der Bezirksversammlung am 7. Mai erneut mit dem Thema Jugendclub Boltwiesen befasst. Über die Fraktionen hinweg bestand Einigkeit, dass auf den Boltwiesen möglichst rasch ein Jugendclub seine Arbeit aufnehmen soll und dass Einfluss auf die Finanzbehörde genommen werden sollte, um dies zu erreichen. Was war passiert?

Nach langem Verhandlungsprozess war es endlich soweit; der Träger war gefunden, die Mittel bereitgestellt und der Jugendclub Boltwiesen sollte im Laufe des Jahres seinen Betrieb aufnehmen. Jetzt ist die Realisierung des Jugendclubs jedoch ins Stocken gekommen, weil die Finanzbehörde dem Träger das betreffende Grundstücke nur zum Höchstwert überlassen will. Für den Senat spielt es dabei keine Rolle, dass das Grundstück einer gemeinnützigen Nutzung zugeführt werden soll. Dazu Anja Quast, die jugendpolitische Sprecherin der SPD-Bezirksfraktion: „Es ist ein Skandal, dass die Finanzbehörde auf diese Weise politisches Handeln vor Ort unmöglich macht. Zur Zeit ist weder ein Termin für die Übertragung des Grundstückes noch für den Baubeginn, geschweige denn für die Eröffnung des Jugendclubs abzusehen.“ Unterdessen wachsen die Kinder aus dem Neubaugebiet auf den Boltwiesen heran und benötigen dringend ein wohnortnahes Angebot mit Treffpunkt und Ansprechpartnern.

Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich bei weiteren Wandsbeker Projekten ab. Beim Jugendclub Berner Au verzögert ein langwieriges Wertermittlungsverfahren durch die Finanzbehörde die rasche Umsetzung des durch die Bezirksversammlung beschlossenen Neubaus des Jugendclubhauses. Auch bei der geplanten Nutzung der Ohlendorff'schen Villa in Volksdorf durch den Kulturkreis Walddörfer hat die Finanzbehörde bisher durch langwieriges Taktieren und Hinhalten eine schnelle Umsetzung des beschlossenen Bürgerbegehrens verhindert.

Anja Quast weiter: „Wir entwickeln hier in Wandsbek Ideen, wie unser Bezirk sich entwickeln soll und die Pfeffersäcke in der Finanzbehörde sehen nur den vordergründigen Gewinn bei den Grundstücksverkäufen. Diese Politik ist kurzsichtig und schadet unserer Stadt auf die Dauer.“

Anlage: Antrag